



AP/MUZAFFAR SALMAN

Ein Helfer klebt Wahlplakate seines Kandidaten in Damaskus (2.5.2012). Zahlreiche neu gegründete Parteien ringen um die Gunst der Wähler

Zaghafter Wandel

Hintergrund ♦ In Syrien wird heute ein neues Parlament gewählt. Trotz neuem Wahlgesetz und offeneren Debatten: In dem von Unruhen geschüttelten Land will sich keine rechte Aufbruchsstimmung einstellen. **Von Karin Leukefeld, Damaskus**

Trotz anhaltender Unruhen, Gewalt und Unsicherheit sind die Syrer am heutigen Montag aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Der für Zivilangelegenheiten zuständige stellvertretende Innenminister, Brigadegeneral Hasan Jalali, hatte am vergangenen Wochenende alle Vorbereitungen für beendet erklärt. Wahlurnen, Vorhänge für Wahlkabinen und anderes Material seien an 12152 Wahlzentren in allen syrischen Provinzen verteilt worden, hieß es in einer Stellungnahme des Ministers, die von der staatlichen Nachrichtenagentur SANA verbreitet wurde. 7195 Kandidaten haben sich registrieren lassen, darunter 200 Frauen.

Wahlberechtigt sind nach Auskunft des Ministers 14 788 644 Personen über 18 Jahre. Im Ausland lebende Syrer, Angehörige von Polizei und Armee können sich an der Abstimmung beteiligen, sofern sie nicht im aktiven Dienst sind. Wehrdienstleistende und im Land lebende Flüchtlinge – Iraker, Palästinenser, Somalier und andere – sind vom Urnengang ausgeschlossen. Um auch reisenden Syrern die Möglichkeit zu geben, an den Wahlen teilzunehmen, können sie bei ihrer Aus- oder Einreise an den Grenzübergängen in Häfen, Flughäfen und an den offiziellen Grenzübergängen des Landes ihre Stimme abgeben. Jeder Wahlberechtigte muß sich mit seinem Personalausweis legitimieren, erstmals wird die Abstimmung von einem neu gebildeten Wahlkomitee überwacht.

Es ist wenig wahrscheinlich, daß in weiterhin umkämpften Gebieten zwischen Idlib und Homs oder im Umland von Damaskus die Wahlen reibungslos ablaufen können. Diejenigen, die die politische Führung in Damaskus und den von ihr eingeleiteten Reformprozeß ablehnen, werden den Urnengang mit Sicherheit boykottieren. Gesprächspartner der Autorin in Damaskus äußerten die Sorge, daß es vermehrt zu Anschlägen kommen könnte. Die ist nicht unbegründet, zumal sowohl in Idlib als auch in Deraa Kandidaten zu den Parlamentswahlen ermordet wurden. Wenige Tage vor dem Wahltermin wurde Ismail Haidar, der Sohn des bekannten Oppositionspolitikers und langjährigen politischen Gefangenen Ali Haidar, von Unbekannten in einem Hinterhalt erschossen. Mit ihm starb sein Freund Fadi Atawneh. Ali Haidar ist Vorsitzender der Syrischen Sozialen Nationalistischen Partei (SSNP), die erst kürzlich wieder offiziell zugelassen wurde. Eigenen Angaben zufolge erhielt Ali Haidar mehrfach Morddrohungen. Seine Partei tritt mit einem Bündnis zu den Parlamentswahlen an.

Das neue Wahlgesetz

Turnusgemäß hätte das syrische Parlament im Frühjahr 2011 gewählt werden müssen. Aufgrund der Unruhen im Land war der Termin mehrmals verschoben worden. Die Amtszeit des vorherigen Parlaments war schließlich im Spätsommer 2011 verfassungsgemäß für eine Übergangszeit

verlängert worden, allerdings war das Gremium politisch kaum in Erscheinung getreten. Vor wenigen Wochen appellierten die Abgeordneten, die Wahl aufgrund der schwierigen Lage im Land zu verschieben.

Anfang August 2011 war per Präsidentendekret (Nr. 101) ein neues Wahlgesetz in Kraft getreten. Danach haben die Kandidaten – neben einem neuen Obersten Wahlkomitee aus Richtern – das Recht, den Wahlprozeß selber zu überprüfen. Die Abstimmung wird demnach »geheim, direkt und gleichberechtigt« durchgeführt. Öffentlichkeit wird durch die Berichterstattung der Medien gewährleistet. Die 250 Sitze des Parlaments werden per Quorum unter »Arbeitern und Bauern« und »dem Rest der Bevölkerung« aufgeteilt. Gewählt werden kann, wer älter als 25 Jahre und des Lesens und Schreibens mächtig ist. Kandidaten müssen seit mindestens zehn Jahren die syrische Staatsangehörigkeit haben. Der Wahlkampf darf nicht mit rassistischen Inhalten oder Bezug auf konfessionelle, ethnische oder Stammeszugehörigkeiten geführt werden, außerdem dürfen die Kandidaten keinen Wahlkampf mit Hilfe ausländischer Medien machen. Zugelassene Parteien können ihre Kandidaten auf Listen oder als Einzelpersonen aufstellen. 24 Stunden vor Beginn der Abstimmung endet der Wahlkampf. Das Gesetz regelt die Auszählung, Umgang mit eventuellen Verstößen sowie die Bekanntgabe der Ergebnisse.

Im September 2011 folgte per Präsidialdekret (Nr. 374) die Gründung des Obersten

Wahlkomitees, dem fünf Richter des Kassationsgerichts angehören und das für die kommenden vier Jahre im Amt sein wird. Dieses Komitee wiederum ernannte für die 14 syrischen Provinzen (Mohafazat) zuständige Wahlkomitees. Die Wahlbezirke von Damaskus und Aleppo wurden jeweils in einen Bezirk Zentrum und Umland unterteilt.

Viele Parteigründungen

Die neue Offenheit und Freiheit des Wahlgesetzes, verbunden mit einem neuen Parteiengesetz hat zu einer wahren Explosion von Parteigründungen geführt. Ein beim Innenministerium angesiedeltes Komitee hatte bis Anfang April neun neuen Vereinigungen die Lizenz erteilt. Sie tragen Namen wie Solidaritätspartei, Nationale Entwicklungspartei, Syrische Demokratische Partei, Arabische Demokratische Solidaritätspartei, Partei der Nationalen Jugend, Nationale Jugend für Gerechtigkeit und Entwicklung und Partei für die syrische Heimat. Gegründet und geführt werden diese neuen Organisationen von weitgehend unbekanntem Personen, die vor dem Wahltag mit abendlichen Wahlkampfauftritten und einer Fülle von Plakaten versuchten, das Interesse potentieller Wähler auf sich zu lenken. Kaum jemandem sind politische Ziele der Kandidaten und Kandidatinnen bekannt, die Namen der Parteien weisen darauf hin, daß sie sich für die Prinzipien der Staatsbürgerrechte, für Demo-

kratie, soziale Gerechtigkeit und Entwicklung einsetzen wollen.

Aus Protest gegen die anhaltenden Preiserhöhungen organisierte die Partei für die syrische Heimat im April einen Hungerstreik vor dem Wirtschaftsministerium. Ihre Vorsitzende Majd Niyazi, die im Sommer 2011 auch am ersten Treffen für einen Nationalen Dialog teilgenommen hatte, brachte mit der Aktion immerhin den Wirtschaftsminister Amer Hosni Lutfi dazu, den Protestierenden Rede und Antwort zu stehen. Zwar seien die Preise nicht gesenkt worden, räumt ein Gesprächspartner in Damaskus ein. Dennoch habe er sich gefreut, daß Leute so eine Aktion machen konnten, ohne vertrieben zu werden und daß der Minister sich darauf eingelassen habe.

Die abendlichen Wahlkampfveranstaltungen sind neu für die Syrer. In Zelten, die der arabischen Beduinentradition entsprechen, laden die Kandidaten potentielle Wähler zu Tee und kalten Getränken ein, am Eingang schenken Männer in Trachten starken Kaffee in kleinen Porzellantassen aus. Der Kandidat der neu gegründeten Nationalen Demokratischen Partei, Mohamed Ayamad Raslan Badri, wirbt auf den großen Transparenten, die sein Zelt überspannen, für »Selbstbestimmung, Freiheit und Entwicklung« und tritt für »Meinungsfreiheit und Demokratie« ein, um »Würde für das ganze Volk« zu erreichen. Im Gespräch mit der Autorin am Samstag abend sagt Badri: »Der größte Druck, dem wir ausgesetzt sind, kommt von unserem Volk, das von uns eine rasche und gute Umsetzung von Reformen erwartet.« Badri setzt sich für einen aktiven Dialog zwischen Opposition und Regierung ein und dafür, daß »die Gewalt aufhört und alle Waffen schweigen«. Unterstützt wird die neue Partei von Ayamad Badri auch von der palästinensischen Schwesterpartei, die allerdings nicht in Syrien, sondern nur in den besetzten palästinensischen Gebieten aktiv sein kann. Deren Vorsitzender Mazen Shukhair sagt, beide Parteien träten für die Befreiung der von Israel okkupierten Golan-Höhen mit friedlichen Mitteln ein.

Wenige Kilometer weiter haben sich Hunderte Unterstützer, Männer, Frauen und Kinder vor dem Bürohaus der Baath-Partei in Mazraa, einem Stadtviertel von Damaskus, versammelt. In zwei großen Zelten sitzen die 19 Kandidaten der »Liste der Nationalen Einheit«, in der die bisher unangefochten herrschenden Parteien der Nationalen Front in Syrien zusammengefaßt sind. Es werden Reden gehalten, immer wieder werden Hände geschüttelt, einzeln werden die Kandidaten vorgestellt und mal mit mehr, mal mit weniger Applaus begrüßt. Pünktlich um 22 Uhr, dem abendlichen Ende der öffentlichen Kandidatenvorstellung, wird gemeinsam die Nationalhymne gesungen, dann strömen die Menschen in alle Richtungen auseinander. Die Syrer müßten sich an die neue Art von Wahlen und Wahlkampf erst gewöhnen, sagt ein junger Mann, der die Gespräche und Interviews der Autorin interessiert verfolgt hat. Die öffentliche Diskussion sei neu, gut und wichtig, auch wenn »900 Kandidaten allein für Damaskus-Stadt natürlich viel zu viele für die 29 Sitze« seien, meint der Elektroingenieur. Die große Zahl von Kandidaten zeige, wie groß das Bedürfnis sei, sich politisch zu betätigen. Schritt für Schritt werde Syrien sich verändern. Er werde für das Bündnis der Baath-Partei stimmen, »und wenn ich ehrlich sein soll, ist es mir egal, wer gewinnt. Alles, was ich will, ist Frieden und Sicherheit, dann können wir alles diskutieren«. Viele seiner Freunde würden nicht wählen gehen, das sei ihre freie Entscheidung. Er wolle, daß der Präsident »mit eiserner Faust« diejenigen niederschlage, die mit Waffen Veränderungen wollten. »Einen Dialog mit Waffen gibt es nicht.«

Allianz sozialer Kräfte

Die meisten Parteien sprechen sich für eine Ökonomie der freien Marktwirtschaft aus. Die Partei des Öffentlichen Willens mit ihrem Vorsitzenden Kadri Jamil und die Syrische Soziale Nationalistische Partei gehören zu den Kritikern des freien Marktes und fordern die Stärkung der nationalen Ökonomie und eine Umkehr

der 2005 eingeleiteten Liberalisierung. Anstelle der staatlichen Wirtschaftspolitik müsse eine Ökonomie entwickelt werden, die allen Syrern im ganzen Land zugute komme, so der Ökonom Kadri Jamil. Soziale Not und Ungleichheit sind wesentlicher Auslöser der Unruhen in Syrien, die seit einem Jahr anhalten und viele Opfer gefordert haben. So steht auch im Wahlkampf dieser Parteien die kritische Lage im Land im Mittelpunkt. Wenige Tage vor den Wahlen schlossen beide Parteien sich mit anderen zu einer »Koalition der Kräfte für den friedlichen Wandel« zusammen. Neben den beiden genannten Parteien gehören der Koalition eine Dritte Bewegung für Syrien, Volksbewegung für einen Weg des friedlichen Wandels, die Demokratische Marxistische Versammlung, eine Nationale Arbeitsbewegung und verschiedene Volkskomitees aus Deir Ezzor und Lattakia an.

Man müsse sich für jede Initiative stark machen, die zu einer friedlichen politischen Lösung im Land führe, erklärten Vertreter der Koalition bei einer Pressekonferenz. Man setze sich für ein Ende der Gewalt ein, fordere die Freiheit politischer Gefangener (»die keine Verbrechen begangen haben«) und die Verurteilung derjenigen, die mit ihrem gewaltsamen Vorgehen so viele Menschen getötet hätten. Die »Einheit der Armee und ihre Rolle für den Frieden und den Schutz des Landes« wurde ausdrücklich betont, jede militärische Einmischung aus dem Ausland wird abgelehnt. Die Koalition werde sich für einen friedlichen, demokratischen Wandel einsetzen. Um die aktuelle »Krise zu bekämpfen«, müsse eine sozial orientierte, öffentliche Volksbewegung aktiviert werden. Die Schicksale der verschwundenen Menschen müssen geklärt, Geschädigte entschädigt werden. Ausdrücklich wandten die Vertreter der Koalition sich auch dagegen, Religions- oder Volkszugehörigkeit zu politisieren. Die Krise habe dazu geführt, daß soziale Kräfte in Syrien aneinandergedrückt seien, sagte der Ökonom Kadri Jamil. Der neue politische Raum müsse genutzt werden. Nach Meinung von Mazen Maghrebiye, dem Vertreter der Dritten Bewegung für Syrien, könne der Staat ohne eine »aktive Volksbewegung« einen friedlichen Wandel nicht umsetzen. Ziel sei nicht, »das Regime zu stürzen« sondern man wolle zu einem »friedlichen Übergangsprozeß« beitragen, ergänzte Fateh Jamous von der Volksbewegung für einen Weg des friedlichen Wandels.

Der alte Machtblock

Richtige Aufbruchsstimmung ist nicht zu spüren vor den Wahlen, was möglicherweise auch daran liegt, daß der bisherige politische Machtblock – Baath-Partei und die Parteien der Nationalen Front – mit dem neuen Namen Partei der Nationalen Einheit wieder als Bündnis antritt. Obwohl die früher in Artikel acht der Verfassung verankerte »führende Rolle der Baath-Partei in Politik und Gesellschaft« mit der neuen Verfassung Ende Februar 2012 abgeschafft wurde, gehen Beobachter davon aus, daß sie auch im neuen Parlament die Mehrheit der Sitze erhalten wird. Unklarheit herrscht darüber, ob weiterhin das Quorum gilt,

mit dem Baath-Partei und ihre Bündnisparteien bisher 51 Prozent der Parlamentssitze und damit die Mehrheit erhalten. Anders als die neuen Parteien verfügen die Baath-Partei und ihre Bündnispartner nicht nur über gefestigte Organisationsstrukturen, sondern – weil staatliche Stellen weitgehend mit ihren Mitgliedern besetzt sind – auch über die logistischen und finanziellen Mittel, die für einen Wahlkampf gebraucht werden.

Die Berichterstattung über diesen fällt im Vergleich zu anderen Themen bescheiden aus. Immerhin konnten politische Debatten und Diskussionsstrukturen, sondern – weil staatliche Stellen weitgehend mit ihren Mitgliedern besetzt sind – auch über die logistischen und finanziellen Mittel, die für einen Wahlkampf gebraucht werden. Die Berichterstattung über diesen fällt im Vergleich zu anderen Themen bescheiden aus. Immerhin konnten politische Debatten und Diskussionsstrukturen, sondern – weil staatliche Stellen weitgehend mit ihren Mitgliedern besetzt sind – auch über die logistischen und finanziellen Mittel, die für einen Wahlkampf gebraucht werden. Die Berichterstattung über diesen fällt im Vergleich zu anderen Themen bescheiden aus. Immerhin konnten politische Debatten und Diskussionsstrukturen, sondern – weil staatliche Stellen weitgehend mit ihren Mitgliedern besetzt sind – auch über die logistischen und finanziellen Mittel, die für einen Wahlkampf gebraucht werden.

Die private syrische Tageszeitung *Al Watan* – von der EU auf den Sanktionsindex gesetzt, weil sie »das Regime Assad unterstützt« – ließ auf einer Schwerpunktseite viele Kandidaten der neuen Parteien zu Wort kommen. Noch vor zwei Jahren seien einige ihrer Äußerungen in einer syrischen Tageszeitung undenkbar gewesen, sagt der Historiker und Vorsitzende der Syrischen Gesellschaft der Vereinten Nationen, George Jabbour. Sie hätten »mutig« die Fragen der Reporter beantwortet und ihr Recht auf Meinungsfreiheit praktiziert. Natürlich handle es sich bei den neuen Parteien um eine »gezähmte« Opposition, räumt Jabbour ein. Schließlich hätten sie eine Lizenz des Innenministeriums, also der politischen Führung, beantragen müssen und erhalten. Immerhin gebe es einen politischen Prozeß im Land, auch wenn er schwach sei.

Ein dreifaches Nein

Von seiten der Opposition werden die Wahlen ebenso kategorisch abgelehnt wie das Referendum über die neue Verfassung Ende Februar 2012. Für die Frauenrechtlerin Sawsan Zakzak handelt es sich beim Wahlkampf der kandidierenden Parteien lediglich um »einen Wettkampf zwischen unterschiedlichen Tönen der gleichen Farbe«. Als weitere Gründe dafür, daß es sich nicht um »richtige Wahlen« handeln könne, nennt sie den Mangel an einem »angemessenen Klima für politische Betätigung« und bezeichnet das neue Parteiengesetz als »ungenügend«. Das Vorgehen von Armee und Sicherheitskräften gegen den »Aufstand« habe jede Möglichkeit politischer Aktion erstickt. »Wenn Blut vergossen wird, halten viele politische Betätigung für einen Verrat an der Revolution«, schreibt Zakzak in einem Beitrag für *Syria Today*.

Ähnlich äußert sich auch Abdul Aziz Al-Khair, der dem Präsidium des Nationalen Koordinationsbüros für Demokratischen Wandel (NCB) angehört. Wenige Tage vor den Wahlen bezeichnet Al-Khair im Gespräch mit der Autorin die Wahlen als »Täuschung«. »Das Regime sendet damit ein starkes Signal aus, daß es nicht bereit ist, etwas zu ändern«, so Al-Khair. Es sei das gleiche Vorgehen wie bei der Verfassung und bedeute vor allem eines: »Ob es euch gefällt oder nicht, wir machen weiter«. Bei der Opposition fehle es grundsätzlich an Vertrauen in eine Entwicklung seitens der Führung, die kein positives Signal aussende oder ernstes Interesse an einem politischen Prozeß zeige. Seit Mitte April hätten die Verhaftungen oppositioneller Aktivisten zugenommen. Die überwiegende Mehrheit der neuen Parteien, die zu

den Wahlen antreten, seien vermutlich vom Geheimdienst ins Leben gerufen worden, argwöhnt Al-Khair. »Niemand kennt die Leute, die sie gegründet haben«, und arabische Geheimdienste hätten in anderen Ländern Ähnliches getan. Elf Jahre lebte Al-Khair als politischer Aktivist in Syrien im Untergrund, bevor er 1991 für 14 Jahre im Gefängnis verschwand. Nach 2005 nahm er zunächst wieder seine Arbeit als Arzt auf, widmete sich aber schon bald wieder ganz dem politischen Kampf für Demokratie und ein pluralistisches politisches System. Das Nationale Koordinationsbüro (NCB) wendet sich mit seinem Slogan der »Drei Neins« gegen Gewalt von allen Seiten, gegen eine ausländische Intervention und gegen die konfessionelle Spaltung Syriens. Als Voraussetzung für einen politischen Prozeß fordert NCB einen Waffenstillstand, die Freilassung der Gefangenen und das Recht auf friedliche Demonstrationen. Dann könne man sich an den Verhandlungstisch »mit den Personen aus dem Regime setzen, die kein Blut an den Händen haben und nicht in Korruption verwickelt« seien.

Mehr Fragen als Antworten

Auch wenn man die Wahlen nicht so kategorisch ablehnt wie die im In- und Ausland aktive Opposition, halten viele Gesprächspartner der Autorin in Damaskus den Zeitpunkt und die Umstände der Parlamentswahlen für wenig überzeugend. Er sei »nicht enthusiastisch« über die Wahlen, sagt der Wirtschaftsexperte Nabil Sukkar. Er werde sich mit seiner Familie beraten. Es gebe »zwei, drei Leute«, die er kenne und für die er gern stimmen würde, allerdings sei er noch unentschieden. Er würde gern die jungen Leute unterstützen, die mit guten Vorsätzen kandidierten, »auch wenn sie kaum gewinnen werden, weil niemand sie kennt«. Möglicherweise werde er sie wählen, um »ein Zeichen der Unterstützung« zu setzen. Er frage sich zudem, wieviele Leute er wählen könne. »Und wenn ich das Wahlsystem schon nicht verstehe, obwohl ich mich wirklich informiere, was ist dann mit anderen?« Jemand sollte »auf der ersten Seite der Zeitungen erklären und es jeden Tag wiederholen«, wie der Sachverhalt sei, sagt Sukkar. Auch die Sitzverteilung im neuen Parlament sei ihm nicht klar: »Gibt es wie früher ein Quorum für die Baath-Partei oder nicht?«

Nach dem am 14. März 2012 erlassenen Dekret 113 gehen von den 250 Parlamentssitzen 127 an »Bauern und Arbeiter« und 123 an »andere Teile« der Gesellschaft. Wie aber die Wählerschaft unter den mehr als 7000 Kandidaten landesweit unterscheiden kann, von denen die meisten sich nur mit Foto und Namen, nicht aber mit einem Programm bekannt machen, bleibt unklar. Eine Diskussion unter den Anwesenden über unabhängige, neu gegründete Parteien und die »alte Mannschaft von Baath-Partei und Nationaler Front« hinterläßt mehr Fragen als Antworten. Schließlich meint Nabil Sukkar, die Frage sei doch auch, welche Rolle das neue Parlament schließlich spielen werde. »Was können sie tun, wie lange werden sie in der aktuellen politischen Situation im Amt bleiben können«, fragt er. »Sechs Monate, ein Jahr?« Sollte eine Lösung gefunden werden, ein Dialog mit der Opposition, ein Kompromiß, werde es sicher Neuwahlen geben.

Trotz der vielen Unsicherheiten und Fragen finden sich doch viele Syrer, die sich an den Wahlen beteiligen wollen. In seiner Klasse im College hätten sie über die Abstimmung diskutiert, sagt Rami, ein 22-jähriger Student der Informationstechnologie. »Die meisten meiner Freunde werden wählen gehen.« Er werde auch wählen, doch wisse er noch nicht wen, denn »wir kennen nur die Gesichter der Kandidaten, aber nicht ihr Programm«. Er werde sich mit Freunden und Verwandten beraten. Für ihn sei wichtig, »was ein Kandidat bisher gemacht hat und daß er nicht nur redet, sondern auch etwas tut«. Der 20-jährige Student Khalil wird für einen der Kandidaten als Beobachter im Wahlzentrum sein und die Abstimmung verfolgen. Er erhält etwas Geld dafür, daß er diesen im Wahlkampf unterstützt, und er tue es gern, weil er den Mann auch kenne. Sein Vater Hassan ist noch unentschieden, was er am Wahltag tun wird. »Entweder gehe ich gar nicht oder ich wähle jemanden aus meinem Stamm«, sagt der Mann, der als Kind 1967 von den Golan-Höhen vertrieben wurde. »Vielleicht finde ich auch einen Kandidaten, den ich kenne, irgendwie müssen wir mit dem Übergang ja anfangen.«

